

1 **Positionspapier der Ruhr-SPD-MdB und der Ruhr-SPD-MdL**
2

3 **WSB-Kommission: Kernforderungen für die Steinkohlestandorte im Ruhrgebiet**
4

5 Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hat einen Konsens für
6 einen geordneten Ausstieg aus der Kohleverstromung gefunden. Der SPD-Vorschlag für eine
7 Kommission zur Beteiligung aller Betroffenen wurde erfolgreich umgesetzt. Die Ruhr-SPD-
8 MdB und die Ruhr-SPD-MdL im Landtag NRW begrüßen diese Einigung und würdigen die
9 Leistung aller Beteiligten. Zum ersten Mal gelingt es in einem Zukunftsszenario Ökologie,
10 soziale Aspekte – wie gute Arbeit, faire Einkommen -, regionale Entwicklung und Ökonomie
11 zwischen gesellschaftlichen Interessengruppen zusammenzuführen.
12

13 Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land, gerade weil die Regionen fest zusammenhalten.
14 Dieser Grundsatz muss auch zukünftig gelten. Braunkohlereviere und Steinkohlereviere
15 dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Der Ausstieg aus der Kohle ist
16 gleichermaßen ein Ausstieg aus Braun- und Steinkohleverstromung. Die
17 Steinkohleverstromung ist besonders im Ruhrgebiet ein wichtiger Teil der Verbundindustrie.
18 Deshalb müssen auch im Ruhrgebiet die vom Kohleausstieg betroffenen Kommunen einen
19 fairen Anteil an den für den Strukturwandel vorgesehenen finanziellen Mitteln und
20 Programmen erhalten. Dafür setzt sich unsere NRWSPD auf allen Ebenen ein.
21

22 Das Ruhrgebiet kann Strukturwandel. Das beweisen Erfolgsgeschichten wie InnovationCity
23 in Bottrop, der Technologiepark Dortmund, Bochum als Zentrum der IT-Sicherheit, der größte
24 Binnenhafen der Welt in Duisburg, die Hochschullandschaft mit mehr als 270.000
25 Studierenden und Tausenden WissenschaftlerInnen oder der Emscher-Umbau als größtes
26 Infrastrukturprojekt Deutschlands. Diese Erfolgsgeschichten haben die Menschen im
27 Ruhrgebiet selbst geschaffen, ansonsten wären die sozialen Brüche und Verwerfungen
28 wesentlich größer. Trotz aller Anforderungen und eigenen Krisen haben sich die Menschen
29 immer solidarisch mit anderen Regionen gezeigt haben. Jetzt müssen wir mit dieser Tatkraft
30 den kommenden Strukturwandel erfolgreich gestalten und den Menschen im Ruhrgebiet
31 neue Perspektiven bieten.
32

33 Im Einsetzungsbeschluss der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“
34 wird ausdrücklich keine Unterscheidung zwischen Braun- und Steinkohle vorgenommen. Das
35 Mandat richtete sich auf die „schrittweise Reduzierung und Beendigung der
36 Kohleverstromung“ insgesamt. Die WSB-Kommission folgt diesem Mandat. Im
37 Abschlussbericht findet sich das Wort „Steinkohle“ 126 Mal und der Bericht lässt hinreichend
38 Spielräume, Steinkohlestandorte in ihrer Umstrukturierung zu unterstützen. Dies zeigt sich
39 beispielsweise an den folgenden Stellen des Abschlussberichtes:
40

41 *„Verbindliche, überjährige Finanzierung von Maßnahmen zur Begleitung des*
42 *Strukturwandels: Strukturentwicklung benötigt Planungssicherheit und eine auskömmliche*
43 *Finanzierung. Dies ist durch ein umfassendes Gesetzespaket zur Stärkung von Wachstum,*
44 *Strukturwandel und Beschäftigung in Braunkohlerevieren und an betroffenen*
45 *Steinkohlekraftwerksstandorten sicherzustellen“ (WSB-Abschlussbericht, S. 7).*
46

47 *„Ein wesentliches Kriterium für die Entscheidung, welche Steinkohlekraftwerksstandorte*
48 *Strukturhilfen aus gesonderten Mitteln erhalten sollten, ist der Anteil der Steinkohlewirtschaft*
49 *an Beschäftigung und Wertschöpfung vor Ort(...)Um eine Vergleichbarkeit mit den*
50 *Braunkohlerevieren herzustellen, empfiehlt die Kommission, Strukturhilfen dann zur*
51 *Verfügung zu stellen, wenn der Anteil der Steinkohlewirtschaft an der regionalen*
52 *Wertschöpfung von erheblicher Relevanz ist. Steinkohlekraftwerksstandorte sollten nach*
53 *diesem Kriterium Zugang zu den von der Kommission herausgearbeiteten strukturpolitischen*
54 *Maßnahmen und Instrumenten haben, wenn im Rahmen der in Kapitel 4 beschriebenen*
55 *Maßnahmen Kraftwerke an diesen Standorten stillgelegt werden.“ (S. 15f.)*
56

57 „Durch die schrittweise Reduzierung und die Beendigung der Kohleverstromung wird es
58 auch an Steinkohlekraftwerksstandorten zu schwierigen Anpassungsprozessen kommen.
59 Hierbei sind betriebsbedingte Kündigungen sowie unbillige soziale Härten
60 auszuschließen(...)Steinkohlekraftwerksstandorte sollen Strukturhilfen aus gesonderten
61 Mitteln erhalten“ (S. 95ff.)

62
63 Unternehmen der Steinkohle-Industrie schätzen den finanziellen Bedarf für Ausstieg und
64 Umbau auf etwa zehn bis 15 Milliarden Euro. Es gibt vor allem im Ruhrgebiet Kreise bzw.
65 kreisfreie Städte, in denen die Steinkohlewirtschaft von erheblicher Relevanz ist. Tausende
66 Arbeitsplätze sind vom Kohleausstieg betroffen. 220.000 Haushalte sind an die betroffenen
67 Fernwärmenetze angeschlossen. Allein für das Saarland werden im WSB-Abschlussbericht
68 11 Projektvorschläge benannt, während bei den 157 Projektvorschlägen für NRW aber kein
69 Projekt mit klarer Zuordnung zum Ruhrgebiet aufgeführt wird. Die Braunkohlereviere waren
70 ausdrücklich zur Benennung von Projektideen aufgefordert, der Regionalverband Ruhr aber
71 nicht in den Prozess eingebunden. Für die SPD-Abgeordneten aus dem Ruhrgebiet zeigt
72 sich einmal mehr, dass die CDU/FDP-Landesregierung von Ministerpräsident Armin Laschet
73 keine Idee, keinen Willen und kein Konzept für die Weiterentwicklung des Ruhrgebiets hat.

74
75 Wir befinden uns noch mitten im Strukturwandel nach Beendigung des Steinkohlebergbaus.
76 Die letzten beiden Zechen des Ruhrgebiets wurden 2015 und 2018 geschlossen. Die
77 Wertschöpfung und die Arbeitsplätze, inklusive der vor- und nachgelagerten
78 Wertschöpfungsketten, sind trotz guter Erfolge noch nicht annähernd kompensiert. Die Zahl
79 der versicherungspflichtig Beschäftigten hat in 2018 zwar um über 2 Prozent zugenommen.
80 Es gehört aber auch zur Wahrheit dazu, dass knapp ein Drittel des Zuwachses auf
81 Helfertätigkeiten entfällt und über 40% der neuen Beschäftigten Teilzeitjobs sind. Beide
82 Entwicklungen stehen nicht für hohe Einkommen und starke Kaufkraft, ihre Wirkungen sind
83 somit begrenzt. Vergleicht man das Münsterland mit dem Ruhrgebiet, belegt die
84 Beschäftigungsquote den Nachholbedarf: In den Revierstädten liegt die Quote zwischen 50
85 und 55 Prozent, im Münsterland weit über der 60 Prozent-Marke. Der neue Ausstiegs- und
86 Umbaupfad zur Beendigung der Kohleverstromung und zum Schutz unseres Klimas trifft
87 unsere Region nun zusätzlich zu hoher (Langzeit-)Arbeitslosigkeit, Kinderarmut,
88 kommunalen Schuldenlasten und einem Investitionsstau für verkehrliche und bauliche
89 Infrastruktur. Vor allem die finanzschwachen Kommunen mit hohen Kassenkrediten können
90 ohne zusätzliche Unterstützung nicht die notwendigen Rahmenbedingungen mit einer
91 leistungsstarken digitalen Infrastruktur oder einem gesicherten Investitionsklima schaffen, um
92 Arbeitsplätze in unsere Region zu holen. Die Erfolge der SPD in der aktuellen
93 Bundesregierung, wie kommunale Investitionsprogramme, der „Soziale Arbeitsmarkt“, die
94 Investitionen in Bildung und Kitas können nicht ihre volle Wirkung entfalten.

95
96 Die Ruhrgebietsabgeordneten des Bundes- und Landtages haben sich frühzeitig dafür
97 engagiert, dass das Thema Steinkohle, insbesondere für das Ruhrgebiet, in die Arbeit der
98 WSB-Kommission aufgenommen wird. Wir fordern einen fairen Anteil der Maßnahmen für
99 unsere Region, der zügig und zielgerichtet bereitgestellt werden muss. Das Ende der
100 Kohleverstromung bedarf auch im Ruhrgebiet langfristiger energie-, wirtschafts- und
101 strukturpolitischer Anstrengungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

102
103 Wir brauchen mit dem Kohleausstieg verstärkte Investitionen in die verkehrliche Infrastruktur,
104 in Bildung und Ausbildung ebenso wie für Innovationen als Motor für Jobs mit tariflicher
105 Absicherung, starker Mitbestimmung und langfristiger Zukunftsperspektive. Außerdem
106 brauchen wir Netzstabilität und Systemsicherheit für Strom und Wärme. Die
107 Handlungsfähigkeit der Kommunen muss wieder hergestellt werden. Unsere
108 energieintensiven Industrieunternehmen müssen international wettbewerbsfähig bleiben, vor
109 überhöhten Energiepreisen geschützt und somit die vorhandenen Arbeitsplätze gesichert und
110 zukunftsfest gemacht werden. Bund und Land müssen jetzt Planungssicherheit für die
111 Menschen schaffen, indem sie sich zu langfristigen und auskömmlichen
112 Unterstützungsleistungen auch für das Ruhrgebiet verpflichten.

113

114 **Im weiteren Verfahren geht es für uns konkret um zwei Schritte:**

115

116 1. Bei der gesetzlichen Umsetzung der Strukturentwicklungsmaßnahmen auf Bundesebene
117 in Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie muss auf die
118 Einbeziehung von Steinkohlestandorten geachtet werden. Dies umfasst vor allem das
119 Strukturstärkungsgesetz mit Einzelprojekten, die angestrebten flexiblen Mittel für noch nicht
120 absehbare Anforderungen der Strukturförderung sowie das Kohleausstiegsgesetz. Außerdem
121 muss das Ausschreibungsdesign zur Ermittlung der „Stilllegungsreihenfolge“ bei
122 Steinkohlekapazitäten neben den Kriterien Emissionsminderung und Wirtschaftlichkeit,
123 zwingend auch soziale Aspekte umfassen. Wir brauchen zudem die Möglichkeit, Projekte
124 außerhalb der üblichen Planungs- und Finanzierungssystematik und mit beschleunigten
125 Planungs- und Genehmigungsverfahren durchzuführen - zum Beispiel bei neuen
126 Gaskraftwerke, insbesondere an Kohlekraftwerksstandorten, wie von der WSB-Kommission
127 empfohlen. Diese Maßnahmen sind besonders wichtig, da nach aktuellem Stand die im
128 Bundeshaushalt hinterlegten Mittel für das Sofortprogramm kein Projekt im Ruhrgebiet
129 unterstützen. Wir begrüßen aber sehr, dass das BMU als mitberatendes Ministerium einen
130 wichtigen Beitrag leistet und ein Förderprogramm zur Umsetzung ökologischer
131 Nachhaltigkeitsziele in Strukturwandelregionen für strukturschwache Kommunen aufsetzt.

132

133 2. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen muss jetzt endlich für das Ruhrgebiet aktiv
134 werden. Sie muss die Bedarfe und Projekte identifizieren und entsprechende Einzelprojekte
135 anmelden. Konkrete Projektvorschläge für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung im
136 Ruhrgebiet sollten mit dem RVR und den Kommunen abgestimmt werden. Außerdem muss
137 die Landesregierung sicherstellen, dass für die Braunkohle- und die Steinkohlereviere
138 ausreichende Kapazitäten für Planung und Realisierung zur Verfügung stehen. Die Ansage
139 der NRW-Staatskanzlei gegenüber Oberbürgermeistern und Landräten, dass die
140 Ruhrkonferenz diese Problematik aufgreifen wird, ist nicht ausreichend, nicht ambitioniert
141 und nicht schnell genug. Wir wären natürlich offen für alle zusätzlichen Vorschläge der
142 Ruhrkonferenz, aber wir brauchen jetzt konkrete Projekte.

143

144 Selbstverständlich müssen alle vom Bund an die Länder gezahlten Mittel eins zu eins für die
145 Förderung des Strukturwandels verwandt werden. Gerade deshalb müssen die betroffenen
146 Kommunen fest eingebunden werden. Darüber hinaus brauchen wir eine gesetzliche
147 Regelung, mit der sich der Bund und das Land NRW auf eine verbindliche und langfristige
148 Unterstützung des Strukturwandels bei Braun- und Steinkohle verpflichten.

149

150 Auch mehr als einen Monat nach Vorlage des WSB-Abschlussberichtes sehen wir aber
151 immer noch ein Vakuum bei BMWI und NRW-Landesregierung. Das Ruhrgebiet kann und
152 braucht aber mehr! Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zeigen wir beispielhafte
153 Projektvorschläge und Handlungsmöglichkeiten auf, denn das Ruhrgebiet bietet die idealen
154 Rahmenbedingungen zum Aufbau einer umweltgerechten, sozialen und klimafreundlichen
155 Innovationsregion. Unsere Region mit 5 Millionen Einwohnern im Herzen Europas eignet sich
156 hervorragend für ein „Living Lab“ zur Entwicklung der digitalen Arbeitswelt unter
157 klimagerechter Energieversorgung mit guten (Industrie-) Arbeitsplätzen. Mit dem Verbund der
158 Industrien, einem der größten Fernwärmeversorgungssysteme, der hohen Einwohnerdichte
159 und der Einsatzbereitschaft sowie Offenheit der Menschen für Neues, ist die
160 zukunftsweisende Entwicklung der „Smart Region Ruhr“ nur folgerichtig.

161

162 Die vorhandene, aber modernisierungsbedürftige Infrastruktur erfordert eine
163 zukunftsorientierte Neuausgestaltung zu einem „SmartEcoRuhrverkehr“. 12 Millionen
164 Personenfahrten pro Werktag auf Straße und Schiene bieten ein Potential für Klimaschutz,
165 Sozialverträglichkeit, smarterer Technik sowie Künstlicher Intelligenz, die so nirgendwo zu
166 finden ist. Die Wasserstoffstadt Herten und oder die Bottroper „InnovationCity Ruhr“ können
167 als Blaupause über die Ruhrregion gelegt werden. Die Hochschullandschaft bietet beste
168 Voraussetzungen für neue innovative Arbeitsplätze. Es fehlen bisher jedoch die Mittel, um die
169 Bedarfe nach Koordination, Förderung und Start up-Begleitung zum Thema Gründung zu
170 unterstützen. Ein Potential, was ausgeschöpft und sichtbar gemacht werden muss.

171 Die folgenden Vorschläge erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Für die
172 Operationalisierung der Projektvorschläge brauchen wir eine integrierte
173 Entwicklungsstrategie mit klaren Zielen, transparenter Projektauswahl und einem konkreten
174 Zeitplan für eine erfolgreiche Fortführung des Strukturwandels im Ruhrgebiet.
175

176 **1. Smart und innovativ - Region-Ruhrgebiet - :**

- 177
- 178 - Smart Region Ruhr: Das Ruhrgebiet als Modellregion für die Wandlungsfähigkeit
179 einer Region „von Kohlestaub zur digitalen Arbeitswelt“, smart Energy, smart carlight
180 traffic, smart Home – klimagerechte, soziale und intelligente Städteentwicklung im
181 Verbund.
182
 - 183 - Weiterentwicklung und Ausweitung des erfolgreichen Bottroper Modellprojektes
184 „InnovationCity Ruhr“: Energieeffiziente, soziale Stadtentwicklung unter Beteiligung
185 der Einwohner. Ein gutes Beispiel für klimagerechten Stadtumbau.
186
 - 187 - Schaffung von Open-Space-Kapazitäten in den Städten und/oder in Innovationsparks.
188
 - 189 - „SmartEcoRuhrverkehr“ – klimagerecht und smart durchs Ruhrgebiet: Die
190 Weiterentwicklung, Vernetzung und zukunftsorientierte Neuausgestaltung der
191 Personenverkehre im Ruhrgebiet
192
 - 193 - Wasserstoffregion Ruhr: Die bereits vielfältigen Projekte des Ruhrgebietes zur
194 Wasserstoffnutzung weiterentwickeln und fortsetzen mit einem „Wasserstoff-
195 Innovation-Roll out“.
 - 196 ○ Förderung eines Modellprojekts "Wasserstofftechnologie für den ÖPNV – von
197 der Erzeugung und Lagerung bis zum Verbrauch“ bei den Dortmunder
198 Stadtwerken (DSW21).
 - 199 ○ Einrichtung einer Forschungseinrichtung, um das Thema Wasserstoff in der
200 Emscher-Lippe-Region zur Schwerpunktregion auf EU-Ebene zu machen.
 - 201 ○ Anwenderzentrum Wasserstofftechnologie für Forschung und Entwicklung in
202 Herten auf ehemaliger „Zeche Ewald“.
 - 203 ○ Modellregion Wasserstoffmobilität: Gemeinsame Bewerbung der Städte
204 Bottrop, Gelsenkirchen, Herne und Herten baut auf Stärken in Klimaschutz,
205 Logistik, E-Mobilität und Wasserstoff-Kompetenz auf. Gemeinsam mit der
206 Westfälischen Hochschule sowie den Technologieclustern h2 netzwerk ruhr
207 und ruhrvalley sollen 2021 10 PKW, 50 Taxen, 10 Busse, 5 Müllfahrzeuge und
208 Fahrzeuge für die Logistik vom Gabelstapler bis zum LKW auf die Straße
209 gebracht werden. Dazu soll die h2-Tankstelle auf Ewald um vier weitere
210 Tankstellen ergänzt werden, die einerseits die zentralen Autobahnen bedienen
211 und andererseits am Betriebshof eines Busbetriebes angesiedelt sein sollen.
212 Der benötigte Wasserstoff kann regenerativ lokal erzeugt werden. Zur
213 Erzeugung gibt es zusätzliche Kapazitäten. Langfristiges Ziel: Klimaneutralität
214 2050 mit Wasserstoffanteil von 20% im gesamten Verkehrsaufkommen und
215 einer Verknüpfung von Chemieindustrie, Energie- und Kreislaufwirtschaft und
216 Mobilität.
217
 - 218 - Herstellung von Batterien für Elektroautos: Für eine Batteriezellenfabrik ist die
219 Metropole Ruhr ein geeigneter urbaner Standort. Das dichte Netzwerk aus
220 Hochschulen und Industrie schafft relevante Synergien und Mehrwerte für die
221 Batterieproduktion.
222
 - 223 - Die Infrastruktur bei öffentlichen Gebäuden, Straßen, Schienen oder Brücken ist im
224 Ruhrgebiet im bundesweiten Vergleich in marodem Zustand. Beispiel: Die Lage an
225 Schleusen und Wehranlagen gefährdet den reibungslosen Schiffsverkehr für viele
226 Unternehmen und gefährdet die Beschäftigten. Deshalb brauchen wir einen
227 Infrastrukturpakt für das Ruhrgebiet mit z.B. einem weiteren Ausbau der Stellen für

- 228 die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) und einem
229 Infrastrukturprogramm Wasserstraße.
230
231 - Initiative der Emschergenossenschaft zur Schaffung einer „Klimaresilienten Region
232 mit internationaler Strahlkraft“.
233
234 - Einführung einer Investitionszulage für Unternehmen, die hochwertige Arbeitsplätze
235 schaffen (z.B. „Sonderwirtschaftszone“).
236
237 - Ausweitung nachhaltiger, flexibler und individueller Mobilitätslösungen mit intelligenter
238 Verzahnung: Entwicklung weiterer Rad-/Pedelec-Schnellstraßen für schnelle
239 Verbindungen im Revier und in die benachbarten Ballungsräume, Sharingangebote,
240 Ruf- oder Taxibusse oder spezifisches E-Mobilitätsprogramm. Die Fahrpreise im
241 ÖPNV müssen stärker sozialverträglich gestaltet werden. Auch ein kostenloser ÖPNV
242 sollte geprüft werden.
243
244 - Standortmarketingkampagne – smart Ruhr, Greentech, Lebensqualität.
245
246 - Europäische/Deutsche Standorte für Einrichtungen und/oder Behörden.
247
248 - Masterplan zur weiteren touristischen Entwicklung des Ruhrgebietes.
249
250

2. Ausbau des Forschungs-, Wissenschafts- und Hochschulstandortes:

- 251
252 - Aufbau des „Emscher-Campus“ im nördlichen Ruhrgebiet
253
254
255 - Ansiedlung von anwendungsorientierten Forschungseinrichtungen mit direktem Draht
256 in die Wirtschaft: Aufgrund ihrer regionalökonomischen Effekte und ihrer
257 überdurchschnittlichen Hebelwirkung sollten sich Region, Land und Bund gemeinsam
258 intensiv für den Ausbau bestehender und die Ansiedlung weiterer außeruniversitärer
259 Forschungseinrichtungen insbesondere der großen deutschen
260 Forschungsgemeinschaften einsetzen.
261
262 - „European IT-Security-Center“: Bochum etwa bietet mit dem Horst-Görtz-Institut,
263 sowie etablierten großen KMU wie G Data und entsprechenden Start Ups als Spin
264 Offs gemeinsam mit der Ansiedlung eines Max-Planck-Instituts eine einzigartige
265 Basis, um europaweit die Nr. 1 in der IT-Sicherheit zu werden.
266
267 - Förderprogramm „Wissenschafts-Start-up Ruhr“: Damit aus Forschung ein Start-Up
268 oder Spin-off wird, benötigen ForscherInnen eine intensivere Begleitung, innovative
269 Lehr-Lern-Arrangements und befähigende Lehrforschungsprojekte. Die Förderung
270 einer Gründermentalität muss u.a. in Lehrplänen berücksichtigt werden. Es braucht
271 mehr Kooperationen zwischen den Akteuren und die Betreuungssituation für das
272 wissenschaftliche Personal an den Hochschulen muss entspannt werden.
273
274 - Aufbau eines Fraunhofer-Instituts für (dezentrale) Energiegewinnung, -speicherung
275 und -verteilung sowie Energieeffizienz in Stadtquartieren
276
277 - Einrichtung eines Batterieprojektes Redoxflow durch Umbau vorhandener Behälter,
278 eines Batterieprojektes zur Verstetigung volatiler Einspeisung oder Nachnutzung
279 eines Kraftwerkgeländes mit Großbatteriespeichern als Zentrum für Energieforschung
280 sowie Erprobung von Speichertechniken.
281
282 - Etablierung eines „Forschungsnetzwerk Erneuerbare Energien“ im Ruhrgebiet unter
283 Einbeziehung der hiesigen Erzeugungsinfrastruktur.

284
285
286
287
288
289
290
291
292
293
294
295
296
297
298
299
300
301
302
303
304
305
306
307
308
309
310
311
312
313
314
315
316
317
318
319
320
321
322
323
324
325
326
327
328
329
330
331
332
333
334
335
336
337
338
339
340

- Profilierung der Metropole Ruhr als Referenzmarkt für Gesundheitsinnovationen.

3. Aufarbeitung und Entwicklung von Kraftwerksarealen/ Energiestandort sichern

- Modellprojekt an einem Steinkohlekraftwerksstandort für ein power-to-gas/gas-to-power-Projekt. Das STEAG-Kraftwerk in Herne könnte ein Beispiel sein als integrierter Standort für Industrie und Energie auf Basis seiner bestehenden bzw. geplanten Infrastruktur mit Strom- und Wärmeerzeugungsanlagen, Batteriespeichern und einem Strom-, Gas- und Fernwärmenetzanschluss. Der Standort ist geeignet für eine Power-to-Gas-Anlage (Produktion von Wasserstoff) und bietet zusätzlich Chancen zur Produktion synthetischer Kraftstoffe. Gleichzeitig könnte das Kraftwerk Walsum als GuD-KWK-Kraftwerks (Umstellung Kohlewärme auf Gaswärme) aufgebaut werden zur Absicherung der Fernwärme im westlichen Ruhrgebiet, Integration von Strom, Gas, Wärme bei gleichzeitiger Sicherung der Netzstabilität für die Industrie im westlichen Ruhrgebiet (z.B. ThyssenKrupp).
- Stärkung der Kraft-Wärme-Kopplung: Im WSB-Abschlussbericht heißt es auf Seite 77ff.: „Die Kraft-Wärme-Kopplung und ihre Wärmeinfrastruktur leistet daher einen wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit im Strom- und Wärmebereich(...)Die Kommission empfiehlt deshalb, dass adäquate und langfristige Rahmenbedingungen für KWK-Anlagen geschaffen werden. Künftig sollen KWK-Anlagen hin zu modernen, flexiblen Strom-Wärme-Systemen weiterentwickelt werden, zu denen neben KWK-Anlagen auch Speicher, Fernwärmenetze, Wärmepumpen, Power-to-Heat-Anlagen sowie solar- oder geothermische Anlagen gehören.“ Schon heute ist eine finanzielle Förderung für Umrüstungen von Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung auf einen weniger kohlenstoffintensiven Brennstoff möglich. (vgl. § 6 KWKG). Diese Förderung muss gestärkt und verstetigt Anreize zur Umstellung auf eine weniger emissionsintensive Brennstoffart geboten werden.
- Schaffung und Sicherung der regionalen/öffentlichen Fernwärmeversorgung. Die Infrastrukturförderung sollte sich gerade auf Wärmenetze als zentrale, emissionsvermeidende und innovations- sowie transformationsoffene Infrastrukturen beziehen, um das Erfolgsmodell der Kraft-Wärme-Kopplung nicht zu gefährden. Im Ruhrgebiet können wir das größte integrierte, flexible Fernwärmeversorgungsgebiet Europas schaffen durch Integration weiterer (vielfach CO2-neutraler) Wärmeeinspeiser und –nutzer auf unterschiedlichen Temperaturniveaus sowie Erweiterung/Zusammenschluss der bestehenden Infrastrukturen. Eine Option: Die Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr (FWSRR) als Rückgrat der Wärmeversorgung der Metropolregion Ruhr.
- Finanzielle Unterstützung für die planerische Sicherung und kurzfristige Aufbereitung/Entwicklung von Kraftwerksarealen als Kooperationsstandorte für Unternehmensansiedlungen ab acht Hektar Netto-Grundstücksfläche – mit Priorität für industrielle Unternehmen mit hochwertigen Arbeitsplätzen. Die Standorte könnten für neue energiewirtschaftliche oder aber auch für industrielle Verwendung nutzbar werden. Für Ansiedlungen unter acht Hektar sollte es Ausnahmeregelungen u.a. für stark emittierende Betriebe geben. Die Flächen sollen möglichst in regionaler Abstimmung entwickelt werden und regional ausgewogen verteilt sein. Den betroffenen Kommunen muss die Möglichkeit eingeräumt werden, die Flächen zu einem sachgerechten Preis zu erwerben und als verantwortliche Akteure die weitere Entwicklung zu steuern. Dies könnte z.B. durch einen revolving Fonds unterstützt werden, der aus Bundesmitteln gespeist wird und tranchenweise die Flächenentwicklung finanziert. Die Standorte stillgelegter Kraftwerke im Ruhrgebiet sind große, zusammenhängende und infrastrukturell bestens angebundene Industrieflächen inmitten dicht besiedelter Räume. Diese Flächen werden bei nachhaltiger Flächenentwicklung zukünftig immer wichtiger.

- 341
342
343
344
345
346
347
348
349
350
351
352
353
354
355
356
357
358
359
360
361
362
- Modellprojekt „Freiheit Emscher“: Die Städte Essen und Bottrop haben gemeinsam mit dem Flächenentwickler RAG Montan Immobilien GmbH ein neues Raumbild für ein Areal erstellt, das lange als nicht entwicklungsfähig galt. Das Land NRW hat für dieses Projekt eine Machbarkeitsstudie mit rund 1,4 Millionen Euro unterstützt. Diese Machbarkeitsstudie stellt die mangelhafte Erreichbarkeit der einzelnen Bergbauflächen über das vorhandene Fernstraßennetz als das zentrale Entwicklungshemmnis heraus. Deshalb ist eine neue Autobahnanbindung an die BAB 42 (Anschlussstelle „Freiheit Emscher“) und eine optimierte Anbindung des örtlichen Erschließungsnetzes an die B 224/BAB 52 notwendig. Zentrales Ziel des Projektes ist die gewerbliche Weiternutzung der bereits brachgefallenen und zukünftig brachfallenden Bergbauflächen. „Freiheit Emscher“ soll ein neues urbanes Zentrum werden, das modellhaft dafür sein wird, wie Arbeiten, Wohnen, zukunftsweisender Städtebau und Freiraum im Sinne einer komponierten Stadtlandschaft der Zukunft zusammenwachsen. Die Schwerpunkte des Konzeptes liegen auf Digitalisierung, neuer Mobilität und Schaffung produktiver Stadträume mit gemischten Nutzungen. Im Fokus des Nutzungskonzeptes stehen emissionsarme Produktionen und wissensbasierte Dienstleistungen, Labore und Start-ups, innovatives Handwerk sowie Digitalwirtschaft. „Freiheit Emscher“ ist aufgrund der Lage zwischen den Hochschulen in Bottrop und Essen prädestiniert, ein Standort für wissens- und technologieorientierten Unternehmen zu werden.
- 363
364
365
366
367
368
369
370
371
372
373
374
375
376
377
378
379
- Modellprojekt „WASAG“ in Haltern: Seit 1898 bis zur Schließung der letzten Zeche Prosper Haniel im Dezember 2018 wurden hier Bergbausprengstoffe produziert. Nach dem Kauf des rund 210 ha großen Geländes prüft der Kreis Recklinghausen jetzt die Nutzungsoptionen. Zentrale Handlungsfelder sind: Nachhaltige Gebäudesanierung, nachhaltige Boden- und Grundwassersanierung, Revitalisierung eines Industriestandorts sowie Optimierung der „Grünen Infrastruktur“. Mit der Projektidee eines Umweltzentrums greift der Kreis Recklinghausen auf die Studie der Prognos AG zurück, die 2015/2016 eine qualitative Recherche nach Umweltwirtschaftsprojekten mit Vorbildcharakter in der Emscher-Lippe Region durchführte. Das WASAG-Gelände könnte sich danach als Standort für ein Umweltzentrum als „Gute Adresse“ profilieren, mit wirtschaftlichen Impulsen für die Ansiedlung von universitärer Forschung und Entwicklung im Bereich Bodenschutz und -technologie, als Standort zur Lenkung von naturnaher Erholung unter Einbeziehung des Umfeldes (Truppenübungsplätze Lavesum und Borkenberge), zur Vermittlung von Natur und Landschaft, als Ort der Fort- und Weiterbildung im Bereich Umweltwirtschaft, als Ort zur Beratung und Vernetzung von KMU aus dem Bereich Umweltwirtschaft sowie für die nachhaltige Land- und Forstwirtschaft.
- 380
381
382
383
384
385
386
387
- Mögliche Entschädigungszahlungen und/oder Stilllegungsprämien für die Energieunternehmen sollten regional reinvestiert werden. Vorstellbar sind langfristige vertragliche Vereinbarungen zwischen der Landes- und Bundesregierung und den Unternehmen zur Absicherung dieses Zieles im Interesse des Ruhrgebietes, der Unternehmen und der Beschäftigten. Wir brauchen die Energieunternehmen als Partner, die sich auch zum zeitnahen Rück-/Umbau der alten Kraftwerke verpflichten.
